

Redaktionsschluss: 25. Mai 2009

Nr. 11/09

INHALT

INNENPOLITIK

Österreich verurteilt Rechtsradikalismus und Hassparolen
Nationalrat verabschiedete Budgetbegleitgesetze
Sozialdemokraten gewinnen AK-Wahlen 2009

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundespräsident Fischer besuchte Tschechien
Bundeskanzler Faymann trifft EU-Kommissionspräsident Barroso
Memorandum zum Brennertunnel
Staatspräsident der Republik Mali zu Besuch in Österreich
Spindelegger: Nahostfrieden nur auf Basis einer Zweistaatenlösung
Chinesischer Parlamentspräsident Wu Bangguo in Österreich

WIRTSCHAFT

10 Mrd. Euro staatliche Kredithaftungen für Unternehmen
IWF-Chef Strauss-Kahn entschuldigte sich für Fehlberechnung
OeNB: Investitionen im Ausland trotz Krise robust
Lufthansa erwarb 85,1 Prozent der AUA-Aktien

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Filmfestspiele Cannes: Österreichische Filmschaffende im Preisregen
Kanzler Faymann: Österreich bleibt verlässlicher Partner beim CERN
Europäische Kommission zeichnet österreichische Hochschulen aus
Modezentrum Wien: 9 festival for fashion & photography
Europakongress in Wien: 1989 -2009: Aufbruch in ein neues Europa
Liszt Festival Raiding

SPORTPOLITIK

Höchstes Sportbudget aller Zeiten
Minister Darabos gewinnt „Sportler für den Sport“
Vorarlberger Gehörlosen-Sportverein bedankt sich beim Sportminister

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/2, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53115-2880, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Österreich verurteilt Rechtsradikalismus und Hassparolen

Nach der Attacke jugendlicher Rechtsextremisten auf überlebende NS-Opfer bei einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Ebensee (Oberösterreich) am 9. Mai ist in Österreich eine heftige Debatte über Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Ursache und Prävention entbrannt. Geschürt wird die Diskussion durch Hassplakate und Kampfrhetorik der FPÖ im Vorfeld der kommenden EU-Wahlen (7. Juni).

Das offizielle Österreich reagiert mit einhelliger Ablehnung: Staats- und Regierungsspitzen, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ haben die jüngsten antisemitischen Vorfälle und rassistischen Verbalentgleisungen auf das Schärfste verurteilt. Gefordert werden rigorose Distanz, geistige Umkehr, Toleranz und massive Aufklärungsarbeit.

Bundespräsident Heinz Fischer hat in einem ORF-Interview am 19. Mai den Verfassern der „hetzerischen“ EU-Wahlkampflogos der FPÖ („Abendland in Christenhand. Tag der Abrechnung“, Aufruf gegen einen EU-Beitritt Israels) eine herbe Rüge erteilt: „Ich glaube, dass das ein Verstoß gegen unseren Konsens ist, dass wir Religion und Politik im gegenseitigen Respekt, aber fein säuberlich getrennt, halten“, betonte Fischer.

Scharfe Worte zu FPÖ und Parteichef Heinz-Christian Strache kamen auch von Bundeskanzler Werner Faymann: Gegenüber Medien bezeichnete er Strache als „Hassprediger“, der mit Hetzreden Wählerstimmen holen wolle. Die FPÖ verletze mit ihren Wahlplakaten religiöse Gefühle und versuche Menschen gegeneinander zu stellen. Die jüngsten Vorfälle im ehemaligen KZ Ebensee hätten gezeigt, dass eine breite Aufklärung an Schulen nötig sei. Gemeinsam mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied werde jetzt eine antifaschistische Aufklärungskampagne des gegenseitigen Respekts vorbereitet, erklärte Faymann.

Seinen Vorwurf an die FPÖ, antisemitische und antiislamische Ressentiments zu provozieren, bekräftigte der Bundeskanzler auch während der Budgetdebatte im Nationalrat am 19. Mai. In einem Interview mit dem Magazin News (20. Mai) beanstandete Faymann selbstkritisch, all jene Parteien, die für einen Grundkonsens von Toleranz und gegen Antisemitismus stünden, hätten zu lange geschwiegen: „Da haben wir – speziell jungen Menschen gegenüber – eine Bringschuld.“

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll erinnerte im Plenum an die letzte große Wirtschaftskrise

vor dem Zweiten Weltkrieg, wo Emotionen geschürt und Feindbilder geschaffen worden seien. Die Folgen hätten zur bittersten Zeit für Europa geführt. Das Inserat bezüglich Israels angeblichem Beitrittswunsch zur Union bezeichnete der ÖVP-Chef als „kompletten Nonsens“.

Deutlich distanzierte sich auch die katholische Kirche: Kardinal Christoph Schönborn sprach sich in seiner Predigt zu Christi Himmelfahrt (21. Mai) im Wiener Stephansdom mit Nachdruck dagegen aus, das Kreuz als „Zeichen der Versöhnung und Feindesliebe“ nunmehr als „Kampfsymbol gegen andere Religionen, gegen andere Menschen politisch zu missbrauchen.“ Ebenso abzulehnen sei der Slogan „Abendland in Christenhand“, betonte Schönborn.

Scharfe Kritik an diesem Plakat übte weiters der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ). Der Rat verwahre sich „entschieden gegen jede Vereinnahmung des christlichen Glaubens auf Wahlplakaten“.

Innenministerin Maria Fekter hat sich am 21. Mai offiziell bei den Überlebenden des KZ Ebensee entschuldigt. Diese bedauerlichen Vorfälle seien „in keiner Weise zu tolerieren und aufs Schärfste zu verurteilen“, sagte Fekter. ■

Nationalrat verabschiedete Budgetbegleitgesetze

Das Budgetbegleitgesetz zum Doppelbudget 2009/2010 hat am 19. Mai den Nationalrat passiert. Betroffen sind insgesamt 68 Einzelgesetze, darunter die Bereiche Kassensanierung, Lehrer (weniger Zulagen) und Justizentlastung (kleinere Schöffensenate, höhere Gerichtsgebühren).

Das Krankenkassen-Paket bringt für heuer 184,1 Mio. Euro, davon 45 Mio. Euro aus Bundesmitteln. Weitere 96,6 Mio. Euro bringt die Mehrwertsteuersenkung auf Medikamente. Zusätzliche Mittel sollen aus dem Katastrophenfonds und ab 2010 aus einem neuen Strukturfonds (100 Mio. Euro jährlich) kommen. ■

Sozialdemokraten gewinnen AK-Wahlen 2009

Bei den am 18. Mai zu Ende gegangenen Arbeiterkammer(AK)-Wahlen kamen die Sozialdemokraten (FSG) auf 55,9 % (minus 7,6 %) der Stimmen. Damit bleibt Herbert Tumpel AK-Präsident. Der ÖAAB erhielt 25,0 % (+1,3 %), die Freiheitlichen (FA) kamen auf 8,7 % (+3,8 %). ■

Bundespräsident Fischer besuchte Tschechien

Bundespräsident Heinz Fischer ist bei einem Staatsbesuch im derzeitigen EU-Vorsitzland Tschechien am 14./15. Mai mit seinem tschechischen Amtskollegen Vaclav Klaus und mit Premier Jan Fischer zusammengetroffen. Begleitet wurde er von Innenministerin Maria Fekter, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. Erörtert wurden die globale Wirtschaftskrise, Atomenergie, EU-Themen sowie bilaterale Fragen.

Beim EU-Reformvertrag laute die Formel „We agree to disagree“ („Wir stimmen darin überein, nicht übereinzustimmen“), erklärte Bundespräsident Fischer nach einem Gespräch mit Staatschef Klaus. Österreich hat den Vertrag von Lissabon im April 2008 ratifiziert, während Klaus die im tschechischen Parlament bereits beschlossene Ratifizierung bisher noch nicht unterzeichnet hat. Das „sehr gute“ bilaterale Verhältnis wurde hingegen von beiden Seiten gelobt. Dieses ließe sich allerdings intensivieren, etwa beim Schienen- und Straßenverkehr. Fischer und Klaus eröffneten ein gemeinsames Wirtschaftsforum. Tschechien ist der viertgrößte Wirtschaftspartner Österreichs und größter Exportmarkt in Mittel- und Osteuropa. Tschechiens neuer parteiloser Premier Jan Fischer hat Österreich zugesichert, die Vereinbarungen mit Österreich zum südböhmischen Atomkraftwerk Temelin „gewissenhaft“ einzuhalten. Zudem würden Österreichs Vorbehalte zu Sicherheitsstandards und Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt, betonte Jan Fischer. ■

Bundeskanzler Faymann trifft EU-Kommissionspräsident Barroso

Bundeskanzler Werner Faymann und Außenminister Michael Spindelegger führen am 27. Mai in Brüssel Gespräche mit EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso. Erörtert werden die Bereiche Finanztransaktionssteuer, soziales Europa, Klimapaket sowie Verkehr. Zentrale Anliegen sind für Bundeskanzler Faymann weiters Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. ■

Memorandum zum Brennertunnel

Österreich, Italien und Deutschland haben am 18. Mai unter Federführung des EU-Koordinators Karel Van Miert in Rom ein „Memorandum of

Understanding“ zur Errichtung des Brennerbasistunnels (BBT) unterzeichnet. Mit dieser Grundsatzklärung dürfte der endgültige Startschuss für die Realisierung des Korridors Berlin-Palermo gefallen sein, der ein Kernelement beim Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze ist. 2013 soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Fertigstellung ist für 2022 geplant.

Die Kosten betragen offiziellen Schätzungen zufolge rund 8 Mrd. Euro, Experten rechnen allerdings mit bis zu 15 Mrd. Euro. Das Memorandum schreibt die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen für das Großprojekt fest. Gemeinsame Ziele sind der Ausbau der Zufahrtslinien zum Brennerbasistunnel und die Synchronisierung der von den Staaten und Betreibergesellschaften der nationalen Bahnnetze geplanten Maßnahmen zu Infrastruktur und Technik. ■

Staatspräsident der Republik Mali zu Besuch in Österreich

Der Präsident der Republik Mali, Amadou Toumani Touré, absolviert in Begleitung seiner Frau Lobo Traoré vom 25. bis 27. Mai einen Staatsbesuch in Österreich. Unter anderem trifft er mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann zusammen. Touré spielte bei der Freilassung der 2008 in der Sahara verschleppten Österreicher eine Schlüsselrolle. ■

Spindelegger: Nahostfrieden nur auf Basis einer Zweistaatenlösung

Der UNO-Sicherheitsrat hat sich am 11. Mai einstimmig für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten ausgesprochen. Außenminister Michael Spindelegger, der an der Ministersitzung in New York teilnahm, bezeichnete die Aufforderung des Weltsicherheitsrates an Israel, die Friedensgespräche umgehend fortzusetzen, als ein „wichtiges Signal“. Einen Nahostfrieden könne es nur auf Basis einer Zweistaatenlösung für Israel und die Palästinenser geben. ■

Chinesischer Parlamentspräsident Wu Bangguo in Österreich

Der chinesische Parlamentspräsident Wu Bangguo hat während seiner Österreich-Visite (15. bis 18. Mai) für eine atomwaffenfreie Zone in Ostasien plädiert und eine diesbezügliche Kooperation mit Österreich angekündigt. ■

10 Mrd. Euro staatliche Kredithaftungen für Unternehmen

Der österreichische Staat wird heimischen Unternehmen bei der Liquiditätsbeschaffung unter die Arme greifen. Insgesamt stehen für die Kreditvergabe an mittelgroße und Großunternehmen 10 Mrd. Euro an staatlichen Haftungen zur Verfügung, pro Unternehmen maximal 300 Mio. Euro. Damit sollen vor allem Liquiditätsengpässe überbrückt und Arbeitsplätze erhalten werden. Das nun im Entwurf vorliegende Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (ULSG) dürfte nach einer verkürzten Begutachtungsphase noch im Juli in Kraft treten, kündigten Finanzminister Josef Pröll, Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner vor Journalisten am 13. Mai in Wien an.

Der Bund werde kein zusätzliches Geld aufwenden, sondern innerhalb des Bankenhilfspakets umschichten, betonte Pröll. Die darin vorgesehenen 75 Mrd. Euro für Garantien und Haftungen würden um 10 Mrd. Euro reduziert. Der Bund werde je nach Bonität und anderen noch festzulegenden Kriterien (Job-Erhalt, Dividende, Manager-Gagen) einen Kreditgarantierahmen in Höhe von 30, 50 oder 70 % der Darlehenssumme geben, erklärte der Finanzminister. Abwickeln werde dies die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB).

Der Bund wird pro Unternehmen mit höchstens 300 Mio. Euro haften, die Laufzeit der Haftung beträgt maximal fünf Jahre. Für die Übernahme der Haftung soll ein angemessenes Entgelt entrichtet werden. Laut Pröll sollen dies je nach Bonität zwischen 50 und 200 Basispunkte sein. Anträge sind bis spätestens 12. November 2010 zu stellen. Geplant ist, dass das Gesetz per Jahresende 2010 automatisch außer Kraft tritt.

Bei der Haftungsübernahme gehe es nur um gesunde Unternehmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen, unterstrich Finanzstaatssekretär Schieder. Voraussetzung seien eine solide wirtschaftliche Basis der Unternehmen vor dem 1. Juli 2008, jeweils mehr als 250 Mitarbeiter und ein Umsatz über 50 Mio. Euro. Laut Pröll kommen rund 500 Unternehmen (250.000 Arbeitnehmer) in Frage. ■

IWF-Chef Strauss-Kahn entschuldigte sich für Fehlberechnung

Der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, hat sich am 15. Mai bei Finanzminister Josef Pröll für die

Fehlberechnungen des IWF im Zusammenhang mit den Risiken in Osteuropa entschuldigt. Damit sei für ihn „die Sache erledigt“, erklärte Pröll bei einem gemeinsamen Pressegespräch, an dem auch OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny teilnahm. Anlass der Wien-Visite Strauss-Kahns war die Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank.

Es sei ein „menschlicher Fehler“ gewesen, habe allerdings keinen Einfluss auf die „Spreads der österreichischen Kapitalmarktmissionen gehabt“. Trotzdem sei der Fehler „nicht akzeptabel“, so der IWF-Chef. An der globalen Analyse habe sich dadurch nichts geändert. In Osteuropa könnte Strauss-Kahn zufolge bereits „das Schlimmste“ überstanden sein. Trotzdem könnten weitere Probleme auftauchen. Vieles hänge vom „roll-over“ der Finanzierungen der Banken in dieser Region ab. Mit einer Erholung der Weltwirtschaft rechnet Strauss-Kahn im ersten Halbjahr 2010.

Finanzminister Pröll betonte, Mittel- und Osteuropa bleibe eine Herausforderung, das Risiko dort sei aber „absolut bewältigbar“. Der IWF habe bisher Handlungsfähigkeit bewiesen, man werde dem Währungsfonds daher auch weiterhin den Rücken stärken, so Pröll. OeNB-Chef Nowotny wies punkto Osteuropa-Risiko der österreichischen Banken erneut darauf hin, dass drei Viertel deren Engagements in EU-Ländern lägen. Zudem gebe es eine Reihe von Sicherheitsnetzen, auch mit dem IWF, um diese Region zu stabilisieren. ■

OeNB: Investitionen im Ausland trotz Krise robust

Die Direktinvestitionen von und nach Österreich haben sich 2008 trotz Wirtschaftskrise robuster entwickelt als erwartet. Gegenüber dem Rekordjahr 2007 sanken die Investitionen Österreichs im Ausland nur um 20 % auf 19,3 Mrd. Euro. Auf weniger als die Hälfte des Vorjahreswertes fielen hingegen die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich. Mit 9,3 Mrd. Euro wurde laut OeNB jedoch immerhin der zweithöchste Wert aller Zeiten erreicht. ■

Lufthansa erwarb 85,1 Prozent der AUA-Aktien

Die deutsche Lufthansa hat am 12. Mai die Übernahme von knapp mehr als 85 % der AUA-Aktien (je 4,49 Euro) bestätigt. Ausständig ist noch ein positiver Entscheid der EU-Kommission. ■

Filmfestspiele Cannes: Österreichische Filmschaffende im Preisregen

Zahlreiche Regisseure und Regisseurinnen, Schauspieler und Schauspielerinnen aus Österreich hatten in den letzten Jahren mit ihrer Arbeit große Erfolge. Die internationale Kritik spricht von einem „Filmwunder aus Österreich“. Das Wunder setzte sich bei den kürzlich zu Ende gegangenen 62. Filmfestspielen in Cannes (Frankreich), einem der bedeutendsten Festivals der Welt, fort. Der 1942 geborene österreichische Regisseur Michael Haneke gewann die Goldene Palme für sein in schwarz-weiß gedrehtes Drama „Das weiße Band“. Die „deutsche Kindergeschichte“ – so der Untertitel – spielt in einem Dorf in Norddeutschland vor dem Ersten Weltkrieg und zeigt autoritäre Erziehungsstrukturen und Gewalt, die von Generation zu Generation weiter gegeben werden, und so eine noch schrecklichere Zukunft vorbereiten. In den letzten Jahren hatte Haneke schon den Großen Preis der Jury in Cannes für die Verfilmung von Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelineks „Die Klavierspielerin“ gewonnen, später auch den Regiepreis für seinen Thriller „Caché“. In der Jelinek-Verfilmung erhielten 2001 Isabelle Huppert, die jetzige Jury-Präsidentin, und Benoit Magimel die Darstellerpreise. Als bester Darsteller wurde jetzt in Cannes gleichfalls ein Österreicher ausgezeichnet: Christoph Waltz, geb. 1956, für die Rolle eines fiesen SS-Offiziers in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“. Waltz brilliert in diesem Film als Gegenspieler von Brad Pitt.

Als bester europäischer Film durch Europa Cinema wurde noch ein österreichischer Film prämiert: „La Pivellina“ von Tizza Covi und ihrem Mann Rainer Frimmel. Der Film erzählt die Geschichte eines Mädchens, das von seiner Mutter auf einem römischen Spielplatz ausgesetzt und von einer Schauspielerin in eine Wohnwagen-siedlung aufgenommen wird.

Kulturministerin Claudia Schmied gratulierte begeistert und betonte den Ausbau weiterer Filmförderung durch Bund, Länder und den ORF. ■

Kanzler Faymann: Österreich bleibt verlässlicher Partner beim CERN

Vor mehr als zwei Wochen hatte Wissenschaftsminister Johannes Hahn den Ausstieg aus dem europäischen Kernforschungszentrum CERN geplant, bei dem Österreich seit 50 Jahren Mit-

glied ist. Hahn wollte jene 20 Mio. Euro, die die CERN-Mitgliedschaft jährlich kostet, in andere Forschungsprojekte investieren. Die Summe macht rund 70 Prozent der im Budget für internationale Mitgliedschaften veranschlagten Mittel aus. Gegenwärtig entstehen in europäischer Kooperation neue Institutionen für Großforschungen – etwa im Bereich von Gewebedatenbanken, über Röntgenleser bis zu großen Teleskopen. Bei dem engen Wissenschaftsbudget fehlen dafür entsprechende Gelder.

Nach langer und reiflicher Überlegung beschloss Bundeskanzler Werner Faymann – zuletzt sprach er noch ausführlich mit dem Wissenschaftsminister und Bildungsministerin Claudia Schmied –, dass Österreich weiterhin Mitglied beim Schweizer Forschungszentrum bleiben solle. Mit Minister Hahn trat er am 18. Mai vor die Presse und sagte: „Reputation und Ansehen Österreichs sind etwas, das übergeordnetes Interesse hat“. Nicht nur führende WissenschaftlerInnen hatten einen eventuellen CERN-Austritt kritisiert, sondern auch Infrastrukturministerin Doris Bures und der Niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, der das geplante Krebsforschungsprojekt MedAustron in Wiener Neustadt gefährdet sah, dass mit CERN kooperiert.

Im Übrigen meinte der Bundeskanzler, an sich nichts gegen eine Überprüfung von Mitgliedschaften durch die verantwortlichen MinisterInnen zu haben. Budgetpositionen seien nicht automatisch fortzuschreiben. Bei CERN handle es sich aber um eine Mitgliedschaft in einem europäischen Forschungsbereich, der seit Jahrzehnten „wesentliche Erfolge aufweise“.

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend die Lebenswissenschaften an Stelle der Teilchenphysik „als Königin der Wissenschaften“ fungieren, so ist ein Großteil der aktuellen physikalischen Forschung mit Quantenphysik untrennbar verbunden: von der Atomphysik, Festkörperphysik, über Quantenoptik, bis zur Teilchenphysik. Wenig bekannt ist, dass auch das World Wide Web am CERN entwickelt wurde.

Hätte Österreich den CERN verlassen, wären österreichische Teilchenphysiker von der Forschung ausgeschlossen gewesen, da die für Experimente notwendigen hohen Energien nur in großen Teilchenbeschleunigern wie dem LHC beim CERN erzeugt werden können. Österreichische Unternehmen sind seit vielen Jahren regelmäßig Zulieferer von CERN-Ausrüstung. Auch die österreichische Uniqa-Versicherung hat einen Exklusivvertrag bei CERN.

Mit Minister Hahn stimmte Kanzler Faymann darin überein, dass Verbesserungen in der österreichischen Forschungslandschaft ein Ziel sein müssten. Hahn regte auch an, dass innerhalb des CERN über eine Modernisierung der Strukturen nachgedacht werden solle. Ein Austritt mit Ende 2010 hätte seinem Ressort 60 Mio. Euro erspart. Er nehme aber die „übergeordneten staatlichen Überlegungen zur Kenntnis“ und werde sein Budget ab 2011 neu organisieren. Das Budget des Wissenschaftsfonds FWF werde jedenfalls nicht angegriffen. Das Ministerium verfüge über ein Budget von 3,5 Mrd. Euro. Für Forschung stünden heuer 300 und im nächsten Jahr 375 Mio. zur Verfügung. ■

Europäische Kommission zeichnet österreichische Hochschulen aus

Die Europäische Kommission hat Hochschulen aus ganz Europa ausgezeichnet, darunter zwei österreichische: das Management Center Innsbruck (MCI) und die Fachhochschule des bfi Wien. Wissenschaftsminister Johannes Hahn gratulierte zur beispielhaften Umsetzung der Bologna-Instrumente ECTS und Diploma Supplement: „Ich freue mich, dass österreichische Hochschulen unter den Vorzeigeprojekten der Europäischen Kommission rangieren und europaweit als Best Practice dienen“.

Die ausgezeichneten Hochschulen werden in einem zweistufigen Verfahren ausgewählt: Zuerst bewerten nationale Expertinnen und Experten die eingereichten Bewerbungen, danach prüfen Fachleute der Europäischen Kommission die aus den jeweiligen Ländern weitergeleiteten Anträge. Kernpunkt der Bewertung war die Implementierung der Bologna-Instrumente. Die Labels behalten ihre Gültigkeit bis 2013.

Für eine unbürokratische Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen steht das ECTS – European Credit Transfer and Accumulation System. Durch ein Kreditpunktesystem können an der Gasthochschule erbrachte Studienleistungen übersichtlich und transparent an der Heimathochschule anerkannt werden. Das ECTS-System erleichtert ERASMUS-Studierenden die Vorbereitung und Organisation ihrer Studienaufenthalte im Ausland.

Das Diploma Supplement als Teil des Europass (www.europass.at) ist eine Beschreibung des erworbenen Hochschulabschlusses. Er wird von den Hochschulen anlässlich der Verleihung eines akademischen Grades zusätzlich zur Verleihungsur-

kunde ausgestellt und bietet eine übersichtliche und international vergleichbare Darstellung des individuellen Studienverlaufs.

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Österreich wird von der Bologna-Kontaktstelle des BMWF, den nationalen Bologna-Expertinnen und Experten, der Bologna-Servicestelle in der OeAD-GmbH und der Nationalagentur Lebenslanges Lernen begleitet und unterstützt.

Nähere Infos zum ECTS- und zum Diploma Supplement-Label: www.lebenslanges-lernen.at/Bologna, www.bologna.at sowie www.bmwf.gv.at/submenu/euinternationales/bolognaprozess/

Die Europäische Kommission plant bis 2013 noch zwei Gelegenheiten, sich um ein ECTS-Label und ein Diploma Supplement-Label zu bewerben. ■

Modezentrum Wien: 9 festival for fashion & photography

Vom 28. Mai bis 10. Juni wird Wien zur Modedrehscheibe, auf der sich die österreichische und internationale Modeszene in ihrer zeitgenössischen Vielfalt zeigt. An verschiedenen Orten der Stadt finden Fashion Shows, Präsentationen aktueller Kollektionen, Ausstellungen zum Thema Modefotografie, aber auch ein Symposium unter dem Aspekt Mode und Wirtschaft, Fashion Tours durch ausgewählte Wiener Modeläden sowie die bereits traditionellen Verleihungen der AFA – Austria Fashion Awards statt.

Angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten und auch einer jungen aufstrebenden und international anerkannten Modeszene thematisiert Unit f büro für mode im rahmen des 9 festival for fashion & photography erstmals die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen am Modemarkt und bei Mode im Netz. In Krisenzeiten, in denen althergebrachte Wege in Frage gestellt und neue Modelle erörtert werden, gilt es gerade für kleinere, am Markt nicht stark verankerte Unternehmen kreativ zu sein und für ihre Produkte neue Absatzwege und –märkte jenseits der großen Konzerne zu eröffnen. Gemeinsam mit go international, einer Initiative der WKO/AWO und des BMWFJ, dem Wiener Wirtschaftsmagazin „Format“ und den aus Österreich stammenden führenden Modeblogs SKIR (www.stylishkidsinriot.com) und Stylekingdom (www.stylekingdom.com), geht Unit f büro für mode an zwei Veranstaltungen – dem E-Commerce Day und dem Fashion Blogger Day – der Frage nach, welche Rolle das Internet

heute bereits bei der Kommunikation und Vermarktung von Mode spielt und vor allem, wo das Potenzial in der Zukunft liegt.

Am 5. Juni findet im Bulgarischen Kulturinstitut Haus Wittgenstein, Parkgasse 18, 1030 Wien, der Fashion 2.0 E-Commerce Day statt. Diskutiert werden neue Vertriebskanäle im Internet und der Stand der Entwicklungen, die Vor- und Nachteile sowie die Dos und Dents des Verkaufs von Luxusgütern via Internet. Derzeit überschwemmen Internetschops, die Luxus- und Designerware anbieten, den Online-Markt. Internationale DesignerInnen bieten teilweise sogar den Verkauf ihrer Kollektionen über die eigene Website an. Luxury Internet Auctions locken mit Luxusartikeln zum Schnäppchenpreis. Die Kehrseite: Luxus-Spams überschwemmen mit gefälschter Luxusware den Markt und werden zur Bedrohung für die Konsumenten. Dazu diskutiert Imran Amed (www.businessoffashion.net) mit Vertretern von Internetportalen, die zeitgenössische Mode im Netz vertreiben, wie u.a. mit Sarah Curran (www.my-wardrobe.com) und José Neves (www.farfet.com).

Gleichfalls im Bulgarischen Kulturinstitut Haus Wittgenstein wird am 6. Juni die Frage der Fashionblogger aufgeworfen. Ein hochkarätiges Expertenteam diskutiert unter der Leitung des „Welt am Sonntag“-Journalisten Joachim Bessing. Im Mittelpunkt der Debatte steht Online- vs. Print-Journalismus. Die journalistische Arbeit erfährt durch das Internet einen tiefgreifenden Umbruch. Das Symposium beleuchtet die Qualitätsmerkmale von Modeblogs im Vergleich zu anzeigenfinanzierten Printmedien. Inhaltlich entscheidend mit gestaltet haben den Fashion Blogger Day die beiden Blogger Stefan Urschler-stylishkidsinriot.com und Maria Ratzinger-stylekingdom.com. Die Diskussion soll das Spannungsfeld zwischen klassischen Medien und den, in den letzten Jahren entstandenen, Blogs beleuchten. Bloggerinnen wollen als vollwertige Mitglieder einer neu strukturierten Medienlandschaft angesehen werden. Während der Diskussion wird ein WLAN Hotspot – zur Verfügung gestellt von FreeWave.at – eingerichtet, der es den Anwesenden ermöglichen soll, über den Event live auf Blogs und Portalen zu berichten. Die beiden präsentierenden Blogs werden rund um den Fashion Blogger Day und das gesamte 9 festival mit ihren Blogs und Microblog informieren. Die go international Talks finden ihren Abschluss in der Party „I die. banANNAs – celebrating FASHION 2.0“ in der Pratersauna:

Sponsoren und Partner des Festivals sind u.a. das BMUKK, WienTourismus und Wirtschaftskammer Wien. Infos: www.9festival.at ■

Europakongress in Wien: 1989-2009: Aufbruch in ein neues Europa

Vor zwanzig Jahren gelang es den Menschen in Mittel- und Osteuropa, die Teilung ihres Kontinents zu überwinden. Österreich möchte anlässlich des bevorstehenden zwanzigsten Jahrestages des Falls des Eisernen Vorhangs gemeinsam mit seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn Zukunftsperspektiven und Herausforderungen für die Region beleuchten.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten veranstaltet daher am 28. und 29. Mai eine zweitägige internationale Konferenz in der Wiener Hofburg mit dem Titel „Geteilt/Geeint. 1989-2009: Aufbruch in ein neues Europa“. Prominente Zeitzeugen, hochrangige Politiker – Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, Außenminister Michael Spindelegger, etc. -, Historiker, Künstler, Wirtschaftstreibende, Vertreter der jungen Generation und viele mehr diskutieren die Bedeutung des Jahres 1989 für die Gegenwart und beleuchten die neuen Entwicklungsmöglichkeiten des vereinten Europa. ■

Liszt Festival Raiding

Ab dieser Saison steht das Liszt-Festival in Raiding (Burgenland) unter der neuen Leitung der Brüder Eduard und Johannes Kutrowatz: „Franz Liszt war und ist als Komponist, Weltbürger und Europäer für unsere internationale Tätigkeit als Künstler ein großes Vorbild. Wir wollen versuchen, seine Musik und seine Virtuosität im Geburtsort Raiding dem Publikum zu erschließen!“ Das Festival, von 24. bis 28. Juni, zählt mittlerweile zu den herausragenden Festivals auf dem Gebiet der klassischen Musik. Im neuen, puristisch-schönen Konzerthaus – direkt neben dem Geburtshaus von Franz Liszt – wird den Festivalbesuchern die einzigartige Gelegenheit geboten, Klavier- und Kammermusik, Chor- und Orchesterwerke sowie Jazzkonzerte mit weltweit führenden Interpreten zu erleben, wie eben mit dem Klavierduo Kutrowatz (24.6.) oder mit Elisabeth Leonskaja, die Liszt, Chopin, Ravel und Enescu spielen wird. www.lisztfestival.at ■

Höchstes Sportbudget aller Zeiten

Ein historisches Budget von rund 113 Millionen Euro steht dem Sport heuer nach offizieller Bekanntgabe der Zahlen für die besondere Bundessportförderung zur Verfügung. Das ist, selbst unter Einrechnung der besonderen Aufwendungen für die UEFA EURO 2008TM in den letzten vier Jahren, die größte Summe, die jemals auf Bundesebene für den Sport in Österreich aufgewendet werden konnte.

Grund für die erfreuliche Budgetentwicklung im Sportressort von Bundesminister Norbert Darabos sind die steigenden Umsatzerlöse der Österreichischen Lotterien. Die besondere Bundessportförderung erhöht sich heuer von 62 Millionen Euro auf 71,3 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als sich die Mittel seit dem Jahr 1999 mehr als verdoppelt haben. Damals standen 31 Millionen Euro an besonderen Bundessportförderungsmitteln zur Verfügung. Sportminister Darabos: „Das historisch größte Budget ist eine Chance für den Sport, natürlich verbunden mit einer großen Verantwortung. Ziel ist es, gemeinsam mit dem organisierten Sport den Spitzensport weiter zu professionalisieren, verstärkt in den Nachwuchs zu investieren und den Gesundheits- und Breitensport auf eine breitere Basis zu stellen“.

Nachdem der Sport am 1. Februar 2009 vom Bundeskanzleramt ins Ressort von Verteidigungsminister Norbert Darabos wanderte, laufen noch geringere Sport-Mittel über das Budget des Bundeskanzleramtes, 107,5 Millionen Euro über das Budget des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. 8 Millionen Euro fließen in den neuen § 11 a im Bundes-Sportförderungsgesetz.

Es ist nun erstmals möglich, flexibel auf die aktuellen Bedürfnisse des organisierten Sports zu reagieren und erfolgreiche Verbände, Vereine, Sportveranstaltungen und SportlerInnen gezielter und unter Schwerpunktsetzung zu fördern. ■

Minister Darabos gewinnt „Sportler für den Sport“

Mehr als 20 österreichische Sportstars folgten am 11. Mai 2009 der Einladung von Verteidigungs- und Sportminister Norbert Darabos ins Gartenhotel Altmannsdorf zum ersten Treffen der Gruppe „Sportler für den Sport“.

Mit dabei unter anderem die Leichtathletinnen Eva Janko und Andrea Mayr, die Skistars Petra Kronberger und Günther Mader, die Eiskunstläuferin Claudia Kristofics-Binder, die Schwimmstars Markus Rogan und Vera Lischka, Surf-Olympiasieger Christoph Sieber, Para-Olympiasiegerin Andrea Scherney, Skisprung-Legende Hubert Neuper, Tennisspieler Alexander Antonitsch, Tischtennis-Weltmeister Werner Schlager und viele mehr.

„Die Sportler stehen im Sport im Mittelpunkt und haben den unmittelbarsten Einblick. Ich finde es wichtig, dass sie die Möglichkeit haben, aktiv mitzugestalten und Richtungen für die Zukunft des österreichischen Sports vorzugeben. Ich verstehe diese Runde als Think Tank für den Sport in Österreich“, so Darabos. Die Sportler seien „mein absolut wichtigster Beraterkreis“, sagte der Minister.

In der zweistündigen Veranstaltung wurden SportlerInnen ernannt, die federführend für das jeweilige Thema sein werden: „Sport und Jugend“ übernimmt Alex Antonitsch, „Sportstätten und Trainingsumfeld“ führt Werner Schlager, „Sport und Beruf“ leitet Markus Rogan, das Thema "Trainer und Betreuer" lenkt Gregor Högler, dem Themenbereich "Für einen sauberen Sport" widmet sich Andrea Mayr und an Verbesserungsvorschlägen zum Thema „Verbände und Strukturen“ arbeitet eine Gruppe unter der Leitung von Roman Hagara.

Beach-Volleyballer Nik Berger übernimmt die Projektleitung und wird die Ideen und Ergebnisse zusammenzuführen. Das nächste Treffen ist Anfang September geplant. ■

Vorarlberger Gehörlosen-Sportverein bedankt sich beim Sportminister

Anfang Mai ehrte der Vorarlberger Gehörlosen-Sport- und Kulturverein (VGSK) Verteidigungs- und Sportminister Darabos für die Unterstützung der Gehörlosenspiele.

Bereits im Jahr 2007 lud der VGSK zu den „Spielen ohne Grenzen“, den Europäischen Sportspielen für Gehörlose.

Für die Unterstützung des Bundesheeres bei der Durchführung der Veranstaltung dankte Vereinsobmann Wolfram Dünser Bundesminister Darabos Anfang Mai im Rahmen eines Vorarlberg-Besuches des Verteidigungs- und Sportministers. ■